

Warum sie fliehen müssen

Die Fluchtgründe im Süden werden in großem Umfang im Norden produziert

Pat Christ

„Unternehmen werden heute nicht mehr nur als Partner in bereits ausgearbeitete Projekte eingebunden. Sie dürfen sogar Programme und Projekte mit entwerfen.“

Immer mehr Bundesbürger gehen auf die Straße, um ihre Solidarität mit Flüchtlingen zu zeigen. Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Es ist nicht mehr ganz so viel wie in den Vorjahren, doch noch immer üppig genug: Über 259 Milliarden US-Dollar erhielten die Landwirte in den 34 OECD-Staaten 2013 als „finanzielle Förderung“. Allein der EU-Agrarhaushalt macht aktuell beinahe 60 Milliarden Euro pro Jahr aus. Die Agrarsubventionen entsprechen damit rund 40 Prozent der jährlichen EU-Ausgaben. Wer das Geld erhält, wird nicht verraten. Das hat die Agrarlobby erfolgreich verhindert.

Die Agrarsubventionen verzerren den Weltmarkt und erzeugen in afrikanischen Ländern Armut und Hunger. „Die Exportsubventionen drücken die Preise auf dem Weltmarkt. Während die Gewinne der bezuschussten Konzerne steigen, werden Kleinbauern weltweit durch das Exportdumping in die Armut gedrängt“, kritisiert Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam Deutschland. So sei in Afrika europäisches Milchpulver oftmals billiger als einheimische Frischmilch, und die Kleinbauern könnten mit den Dumpingpreisen nicht konkurrieren. Damit produzieren die Industrienationen einen gewichtigen Grund für Millionen von Menschen, ihr Heimatland zu verlassen. Hinzu kommen Waffenexporte, die in Krisenländern konfliktverschärfend wirken.

Fast 57 Millionen Menschen waren nach Angaben der Vereinten Nationen Mitte vergangenen Jahres auf der Flucht – ein trauriger Rekord seit dem

Zweiten Weltkrieg. Die einen flohen vor Folter, die anderen vor Morddrohungen oder der Gefahr, Kindersoldat zu werden. Wieder andere verließen wegen struktureller Diskriminierung oder lebensbedrohlichen Formen der Verelendung ihr Land. Allerdings wird nur ein Teil der Fluchtgründe anerkannt: **Die Genfer Flüchtlingskonvention kennt für Armut keinen Flüchtlingsschutz.**



In immer mehr Städten protestieren Flüchtlinge gegen den viel zu geringen Schutz, der ihnen zugestanden wird.

Dabei ist Armut ein wesentlicher Fluchtgrund. Der womöglich weiter an Bedeutung zunehmen wird. Denn so, wie sich innerhalb Deutschlands die Kluft zwischen Arm und Reich durch Prozesse der Umverteilung von unten nach oben verschärft, so verschärft er sich weltweit. Verursacht nicht zuletzt durch eine Entwicklungspolitik, die ihren Namen bald nicht mehr verdient.

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit zur Bekämpfung von Hunger und Armut im ländlichen Raum orientiert sich zunehmend an den Interessen der Agrarindustrie, bestätigt Gertrud Falk von der Organisation FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk):

Armut statt Hungerbekämpfung

Damit werden knallharte Wirtschaftsinteressen mit dem schönen Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ummantelt. Denn was auf den ersten Blick wie ein Projekt zur Hungerbekämpfung aussieht, entpuppt sich bei näherer Betrachtung oft als Türöffner für Agrarunternehmen. Es geht laut Falk um neue Absatzmärkte: „Gleichzeitig wird die Intransparenz der Projekte erhöht, weil die Unternehmen sich nicht gerne auf bestimmte Maßnahmen festlegen und Daten nicht veröffentlichen wollen.“

„Neue Allianz für Ernährungssicherung“ nennt sich ein im Mai 2012 von den großen Industriestaaten und Russland in Camp David beschlossenes Konzept, das Falk zufolge genau diese Entwicklung forciert. „Wir haben die Programmunterlagen analysiert und sind zum Ergebnis gekommen, dass die ‚Neue Allianz‘ sehr wahrscheinlich Hunger verursachen oder verschärfen wird“, sagt die Sozialwissenschaftlerin. Dieser Schluss liege zum Beispiel für Mosambik nahe: „Die mosambikanische Regierung musste sich im Rahmen der ‚Neuen Allianz‘ bereit erklären, die Verteilung von kostenlosem Saatgut an Kleinbauern einzustellen.“

Rares Recht auf Asyl

Viele Flüchtlinge aus Afghanistan, Serbien, dem Irak, Syrien oder der russischen Föderation versuchen, in die reichen Ländern des Nordens zu gelangen. Die allerwenigsten kommen hier an. Denn die Grenzen werden scharf bewacht. Und sollen noch besser und dichter bewacht werden. So will die Europäische Union

über 30 Millionen Euro in Überwachungsdrohnen gegen illegale Grenzübertritte und Einreisen investieren.

Der puren Statistik zufolge müsste allerdings niemand Angst vor „Überfremdung“ haben. Lediglich 38.300 asylberechtigte Menschen lebten Ende vergangenen Jahres in Deutschland. Knapp 110.000 hatten einen Flüchtlingsschutz, weitere 37.500 eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund von Abschiebungsverboten. Daneben gab es knapp 15.000 Duldungen.

Insgesamt 170.000 der 57 Millionen Flüchtlinge schafften es im vergangenen Jahr nach Deutschland. Vielerorts trafen sie auf ein wenig freundliches Klima. Im Gegenteil. Flüchtlinge, die in ihrem Herkunftsland Gewalt erlebten, werden neuerlich mit Gewalt konfrontiert. Statistisch gesehen finden in Deutschland wöchentlich fünf rassistische Kundgebungen oder Demonstrationen gegen Flüchtlinge statt, zeigt eine Dokumentation der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL. Über 256 lokale flüchtlingsfeindliche Veranstaltungen, über 150 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und fast 80 tödliche Angriffe auf einzelne Flüchtlinge wurden 2014 registriert.

Doch nicht nur die mitunter lebensbedrohliche Feindseligkeit deutscher Bürgerinnen und Bürger macht Flüchtlingen hierzulande zu schaffen. Sondern ebenso die Bürokratie. So gibt es Flüchtlinge, die zehn Jahre oder länger in einem beschönigend als „Gemeinschaftsunterkunft“ bezeichneten, menschenun-

würdigen Asylager leben müssen. Oft bewohnt eine Familie ein oder höchstens zwei Zimmer. Bis zu 60 Personen müssen sich eine Küche teilen. Die medizinische Versorgung ist mehr als mangelhaft. Was aber die Menschen vor allem fertig macht und sie immer häufiger in den Suizid treibt, ist das zermürbende Warten darauf, dass ihr Asylverfahren endlich abgeschlossen wird.



Alein im Bundesland Bayern kommt derzeit ein Suizid auf rund 300 Flüchtlinge.

Ungleichheit als Fluchtgrund

Nur wenige Menschen verlassen freiwillig ihr Heimatland, um irgendwo ganz weit weg, fern der Familie, ein neues Leben zu beginnen. Oft werden sie durch Gewaltausbrüche zur Flucht gezwungen, bestätigt Thorsten Klein vom Internationalen Christlichen Frie-

densdienst EIRENE gegenüber der HUMANE WIRTSCHAFT. Ursache der Gewaltausbrüche sei nicht zuletzt die ungleiche Verteilung von Marktmacht, Ressourcen und politischer Einflussnahme zwischen dem globalen Norden und dem Süden.

„Ein weiterer Fluchtgrund ist der Klimawandel“, betont Klein. Dadurch werden ganze Landstriche für die Menschen unbewohnbar. Verantwortlich hierfür ist nach Analysen von EIRENE in erster Linie nicht der Lebensstil der Menschen in den am stärksten betroffenen Regionen: „Sondern der überhöhte Ressourcenverbrauch in den Industrienationen.“

Neue Konflikte durch Intervention

Die militärischen Interventionen der letzten Jahrzehnte haben Klein zufolge nicht dazu geführt, das Leben für die Menschen vor Ort sicherer zu gestalten: „Im Gegenteil führten sie zu neuen Konflikten, zum Beispiel in Libyen oder in Mali.“ Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Lateinamerika, Afrika, den USA und Europa engagieren sich Freiwillige und Fachkräfte bei EIRENE vor diesem Hintergrund für eine Kultur der Gewaltfreiheit, sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Klein: „Im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes engagieren wir uns zum Beispiel in der Grenzregion der demokratischen Republik Kongo, in Burundi und Ruanda für einen konflikt-sensiblen Journalismus.“ Ziel sei es, mit Hilfe der Medien ein Weg aus der Gewaltspirale zu finden und das friedliche Zusammenleben zu fördern.

Für EIRENE liegt es auf der Hand, dass das weltweite Wirtschaftssystem und insbesondere der westliche Lebensstil zu gewaltsamen Konflikten um Ressourcen führen, die Menschen zur Flucht zwingen. Klein: „Dabei geht es häufig um Rohstoffe, die von den Industrienationen benötigt werden, damit die Wirtschaft weiter wächst.“ Weit überzogene Bedürfnisse des Nordens führen also im Süden dazu, dass die elementarsten Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können.

„Buen vivir“

EIRENE tritt deshalb für eine Veränderung des Wirtschaftssystems im Sinne eines „Buen vivir“ (Gutes Leben) ein: „Statt einem immer besseren Leben.“



In solchen „Gemeinschaftsunterkünften“ leben Flüchtlinge oft viele Jahre.



Auf engstem Raum müssen ganze Familien hausen.

Gutes Leben bedeutet Klein zufolge mehr als materieller Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum: „Grundlegend ist dabei der Gedanke von einem gemeinschaftlichen Leben im Einklang und nicht auf Kosten anderer Menschen und der Natur.“

Flucht hat nie nur eine Ursache, meint Vera Künzel von der Organisation Germanwatch: „Eine Reihe von international verursachten Problemen spielen eine Rolle.“ Sie teilt die Ansicht der

Abgewälzte Risiken



Politisch fordert Germanwatch, dass die Nachfrage der wohlhabenden Menschen nach Fleisch und Ökosprit weniger als bisher mit dem Wunsch nach Nahrung der ärmsten Menschen kollidiert. Aber auch die Spielregeln der Marktwirtschaft werden von der Organisation kritisch hinterfragt. Eine Marktwirtschaft, so Künzel, könne nur dann funktionieren, wenn derjenige, der Risiken verursacht, auch für deren Bewältigung verantwortlich ist: „Dies ist derzeit in vieler Hinsicht nicht gegeben.“

Der Klimawandel ist in ihren Augen ein, die vielfach gestaffelte Lieferkette ein zweites Beispiel: „Letztere führt dazu, dass ein Unternehmen, das ein Produkt verkauft, sich in aller Regel nicht für Menschenrechtsverletzungen bei der Herstellung verantwortlich fühlt.“ Die betroffenen Menschen wiederum könnten sich meist nicht beschweren oder gar klagen.



Ausweglos verheddert – Szene aus einem Theaterstück mit Flüchtlingen.

EIRENE-Spezialisten, dass der hauptsächlich von den Industrieländern verursachte Klimawandel, Landwirtschaftsim- und -exporte, Waffenlieferungen in Krisenregionen sowie Landgrabbing Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Germanwatch setzt sich deshalb dafür ein, dass der Klimawandel auf weniger als 2 Grad globaler Temperaturanstieg begrenzt wird. „Damit wollen wir vermeiden, dass die Konsequenzen des Klimawandels in vielen Regionen auch durch Anpassungsmaßnahmen als nicht mehr bewältigbar erscheinen“, sagt Künzel gegenüber unserer Zeitschrift. Gleichzeitig engagiert sich die Organisation aber auch für Anpassungsmaßnahmen, die klimatische Veränderungen vom Risiko in eine Chance verwandeln.

Die derzeit diskutierte, neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 bietet Germanwatch zufolge die Chance, die gesamte Global Governance für Umwelt, Entwicklungskooperation und Katastrophenhilfe neu zu

strukturieren. Künzel: „Das UN-System könnte, wenn alles gut läuft, an Relevanz zurückgewinnen.“

Die Vereinten Nationen legten für die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung einen Katalog mit 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) vor. „Dieser Katalog ist ein klares Bekenntnis zur weltweiten Verbesserung der Lebensbedingungen und zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer universell anwendbaren Agenda“, lobte unlängst Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Ihre Hoffnung in die Agenda ist groß: „Wir wollen die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern. Entsprechend muss herausgestellt werden, welcher Beitrag zur Armutsreduzierung und zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen geleistet werden kann.“

„Inklusives Wachstum“



Aber wie? Dieses „Wie“ macht denn schon wieder skeptisch: „Wir wollen ein inklusives Wirtschaftswachstum erreichen, mit möglichst hoher Ressourceneffizienz. Das führt zu neuen Geschäftsmöglichkeiten, die Innovationen fördern.“ Aha. Inklusiv diesmal. Aber vom Wachstum lässt man freilich nicht ab.



Kein Ausweg nirgends, das ist die Situation tausender Flüchtlinge auf dieser Welt.

Ob das weiterhilft? Schließlich sind die Probleme gigantisch, wie Hendricks Kollege, Entwicklungsminister Gerd Müller, angesichts des Weltzukunftsvertrags Post-2015-Agenda aufzeigt: „Wenn heute die reichsten 100 Menschen auf der Erde genauso viel besitzen wie die 3,5 Milliarden ärmsten Menschen, also die Hälfte der Menschheit, und wir, die reichen Industriestaaten, die G7, die nicht einmal 20 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, 80 Prozent der Ressourcen des Planeten Erde beanspruchen, dann ist klar: Wir haben ein Gerechtigkeits- und ein Verteilungsproblem.“ Glasklar konstatiert. Die Generationenaufgabe lautet Müller zufolge: „Die Reichtümer unserer Erde teilen, damit alle Menschen ein Leben in Würde führen können.“ Wie? Leider verrät auch dieser Minister das nicht.

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.